



**Vernehmlassung zur Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)**  
**Consultation relative à la Politique agricole à partir de 2022 (PA22+)**  
**Consultazione sulla Politica agricola a partire dal 2022 (PA22+)**

<b>Organisation / Organisation / Organizzazione</b>	BDP Schweiz
<b>Adresse / Indirizzo</b>	Museumstrasse 10, 3000 Bern 6
<b>Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma</b>	4.3.2019  Martin Landolt Parteipräsident BDP Schweiz  Rosmarie Quadranti Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch). **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch). **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch). **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

**Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:**

**Vernehmlassung: Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

**Die BDP fordert eine Agrarpolitik, die den Rahmen schafft, damit Schweizer Landwirte und Landwirtinnen ihren Beruf wieder gerne und vor allem rentabel ausüben können. Zahlreiche Probleme erschweren diese Aufgabe für die Landwirte: Die zunehmende (Billig-) Konkurrenz aus dem Ausland, diverse strukturelle Probleme im Inland sowie die bürokratischen Hürden, die viele Bauern überfordern. Die BDP spricht sich trotzdem nicht für eine (erneute) Neugestaltung der Agrarpolitik aus, sondern für eine Optimierung des eingeschlagenen Weges.**

Nachfolgend präsentiert die BDP ihre grundsätzlichen Forderungen an die schweizerische Agrarpolitik der Zukunft, welche auch ihrem Positionspapier zur Landwirtschaft zu entnehmen sind:

1. Schweizer Bauern müssen bei der Produktion von gesunden Lebensmitteln unterstützt werden: Mit Annahme der Ernährungssicherheitsvorlage 2017 durch das Schweizer Volk hat sich dieses für die Sicherung der Grundlagen der landwirtschaftlichen (standortangepasste und ressourceneffizienten) Produktion ausgesprochen. Die Politik muss diesem Verfassungsauftrag Folge leisten und die Bauern darin unterstützen. Grundlegende Massnahmen aus Sicht der BDP müssen demnach wie folgt aussehen:
  - Eine Vereinfachung und Reduktion des administrativen Aufwands für die Bauern.
  - Ein stabiler politischer Rahmen statt grundlegender Reformen alle paar Jahre.
  - Die Position der Produzenten in der Wertschöpfungskette muss gestärkt werden.
2. Leistung muss sich für Schweizer Bauern wieder lohnen: Durch folgende Massnahmen kann Abhilfe geschaffen werden: Die Förderung des Bauern als Unternehmer; Die Restrukturierung der Wertschöpfungskette; Absatzförderung von regionalen, gesunden und hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen
3. Produktionsnachteile, verursacht durch ein teures Umfeld, schwierige topografische Verhältnisse und eine hohe Regelungsdichte, müssen ausgeglichen werden: Diese Produktionsnachteile müssen ausgeglichen werden, damit der Wettbewerb (auch mit dem Ausland) fair vonstattengehen kann.
4. Gemeinwirtschaftliche Leistungen müssen angemessen abgegolten werden.
5. Der Bund muss Innovation, Marketing und die Erschliessung von Absatzkanälen verstärkt fördern.

6. Die soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern muss verbessert werden: Insbesondere im Bereich der ökonomischen, rechtlichen und sozialen Absicherung von mitarbeitenden Ehegatten (vor allem Bäuerinnen) besteht Handlungsdruck.
7. Die BDP fordert Respekt vor der Umwelt, dem Klima und den Tieren: Massnahmen in diesen Bereichen müssen ergriffen werden – aber nicht gegen, sondern mit den Bauern!

### **Bemerkungen zum vorliegenden Bericht:**

Im Nachfolgenden fokussiert sich die Stellungnahme an den einzelnen dem Bericht zu entnehmenden Themenbereichen, auf eine detaillierte Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln wird verzichtet.

Rahmenkredit: Der Rahmenkredit zugunsten der Landwirtschaft soll beibehalten werden. Die bereits geschilderte schwierige Situation der Schweizer Landwirte darf nicht durch eine Kürzung der Mittel verschlimmert werden.

Vision des Bundesrates: Die im Bericht dargelegte Vision des Bundesrates wird voll und ganz unterstützt. Allerdings hegt die BDP Skepsis bezüglich der vorgeschlagenen Massnahmen, welche die vom Bund gesteckten Ziele ermöglichen sollen.

Reorganisation des BWL: In regelmässigen Abständen erfährt die Schweizer Landwirtschaft eine Umgestaltung. Eine Korrektur der Strukturen des BWL wurde hingegen nicht vorgenommen. In diesem Sinne muss darüber nachgedacht werden, ob ein Zurückschrauben des Verwaltungsapparats nicht im Bereich des Möglichen wäre.

### **Im Bereich «Markt» vorgeschlagene, neue Massnahmen:**

- Plattform für Agrarexport: Diese vorgeschlagene Massnahme kommt einer Forderung der BDP entgegen: Schweizer Produkte sollen unter fairen Bedingungen auf ausländischen Märkten in Konkurrenz treten können. Damit dies gelingen kann, muss der Bund bei der Beseitigung von Hürden behilflich sein. Eine Plattform zur Überwindung von technischen Handelshemmnissen ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- Neuausrichtung der Milchpreisstützung: Zweierlei wird abgelehnt: Eine Reduktion der Verkäsungszulage, weil es sich negativ auf den Molkereimilchpreis auswirken würde und eine Trennung der Beiträge von der Milchverwertung bei der Siloverzichtszulage. Die Zulage soll nach wie vor nur für Milch gesprochen werden, die zu den entsprechenden Produkten verarbeitet wird. Hier ist zu präzisieren, dass Glarner Rohziger als Rohstoff zu stärken ist. Neben dem Schabziger als bisher einziges Produkt sind zusätzliche Innovationen nötig, um den Rohstoff zu sichern – und damit eine Milchverarbeitung vor Ort zu fairen Preisen.  
Begrüsst werden dagegen folgende Massnahmen: Die Ausrichtung der Zulagen direkt an den Produzenten sowie die Erhöhung der

Siloverzichtszulage.

Die Problematik der Verkäsungszulage wird allerdings nicht bestritten, die Fehlanreize müssen beseitigt werden. Eine Möglichkeit wäre es, die Verkäsungszulage nach Fettgehalt des Käses abzustufen.

- Einheitliches System für geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben bei Wein: Vereinheitlichungen tragen generell zu Transparenz und Rechtssicherheit bei. In diesem konkreten Fall wird die Vereinheitlichung nur begrüsst, wenn dadurch den Schweizer Produzenten keine Nachteile im Wettbewerb (mit dem Ausland) drohen.
- Inlandleistung und Marktentlastungsmassnahmen: Grundsätzlich vertritt die BDP die Haltung, dass Freihandelsabkommen wichtig und nötig sind, damit unsere exportorientierten Schweizer Unternehmen prosperieren können. Allerdings dürfen die Freihandelsabkommen nicht einseitig zulasten der Landwirtschaft zustande kommen. Deshalb plädiert die BDP dafür, dass sowohl Massnahmen im Bereich der Inlandleistung sowie Marktentlastungsmassnahmen in mehreren Schritten realisiert werden.

Der Bundesrat verlangt im vorliegenden Bericht, dass sich die Landwirtschaft (richtigerweise) vermehrt auf den Markt ausrichten soll. Dementsprechend erstaunt wird zur Kenntnis genommen, dass im Bereich «Markt» wenige neue Massnahmen vorgeschlagen werden, um dieses Ziel zu erreichen.

#### **Im Bereich «Betrieb» vorgeschlagene, neue Massnahmen:**

- Direktzahlungssystem: Die vom Bund vorgeschlagenen Massnahmen in diesem Bereich müssen differenziert betrachtet werden:
  - Der Sozialversicherungsschutz als eine Voraussetzung für die Ausrichtung der Direktzahlungen wird gutgeheissen, da er einer Forderung der BDP nach einer sozialen Besserstellung der mitarbeitenden Ehegatten entspricht. Es ist stossend, dass Verbesserungen der sozialen, rechtlichen und ökonomischen Situation der mitarbeitenden Ehegatten (häufig die Ehefrauen) erst jetzt in Angriff genommen werden.
  - Versorgungssicherheitsbeitrag: Es ist fraglich, ob acht Jahre nach Einführung des neuen Systems bereits eine solch tiefgreifende Änderung des Systems nötig ist. Zudem erscheint fraglich, ob mit den geplanten Änderungen wirklich die gewünschte Wirkung erzielt wird, und ob nicht vielmehr untaugliche Strukturen zementiert würden.
  - Einführung einer Beitragsbegrenzung pro Betrieb: Dieser neue Passus im Gesetz wird abgelehnt. Eine Begrenzung der Direktzahlungen über die SAK (Begrenzung pro SAK bei 70'000 Fr.) ist wünschenswert.
  - Die Anforderungen an die Betriebsführung - insbesondere die erwünschte, verstärkte Ausrichtung auf den Markt (der Landwirt als Unternehmer) – müssen sich auf die Ausbildung niederschlagen. Auch (Zukünftige) Bauern müssen sich in angemessener Weise auf ihre zukünftige Rolle als Landwirt und Unternehmer vorbereiten können. Allerdings ist die BDP der Meinung, dass ein Fähigkeitsausweis als Mindestanforderung ausreichend ist. Darüber hinaus ist es wichtiger, dass vermehrt Anreize für Weiterbildungen geschaffen werden.

- Strukturverbesserung: Die in diesem Bereich vorgeschlagenen Massnahmen werden in dieser Form nicht unterstützt. Zielführender wäre hier ein subsidiäres Vorgehen, das heisst, dass Massnahmen in diesem Bereich in Zukunft von den Kantonen ergriffen und durchgeführt würden.
- Boden- und Pachtrecht: Bis auf die Änderung der Bestimmungen zur Belastungsgrenze werden alle in diesem Bereich vorgeschlagenen Massnahmen vorbehaltlos unterstützt. Besonders die Stärkung der Position der Ehegatten ist unabdingbar. Eine Änderung der Bestimmungen zur Belastungsgrenze wird abgelehnt, weil es zu einer Erhöhung des administrativen Aufwands und des Risikos für Landwirte führen würde.
- Innovation: Ohne Vorbehalt werden die vorgeschlagenen Massnahmen zur Innovationsförderung und Digitalisierung unterstützt. Eine verbesserte Vernetzung von Theorie und Praxis ist stets anzustreben. Die immer stärker um sich greifende Digitalisierung muss ihren Niederschlag auch in der Landwirtschaft finden. Auch die Ermöglichung neuer Produktionsformen (Massnahmen sollen auf alle lebenden Organismen als Basis für Nahrungs- und Futtermittel angewendet werden) bleibt widerspruchlos.

**Im Bereich «Umwelt und natürliche Ressourcen» vorgeschlagene, neue Massnahmen:**

- Weiterentwicklung des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN):
  - o Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel: Die vorgeschlagenen Massnahmen in den Bereichen der Nährstoffe und der Pflanzenschutzmittel müssen auch unter dem Eindruck der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative betrachtet werden. Grundsätzlich ist ein verbesserter Schutz der Ökosysteme und der Gewässer mittels strengerer Vorgaben wünschenswert. Allerdings muss bei der Ausgestaltung der Vorgaben darauf geachtet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gewahrt bleibt.
  - o Standortanpassung: Die Schweizer Landschaft ist höchst vielfältig in ihrer Ausprägung, einheitliche Vorgaben machen deshalb hier wenig Sinn. Es ist deshalb nur logisch, wenn die Massnahmen standortspezifisch getroffen werden können. Allerdings müssen diese standortspezifischen Massnahmen angemessen abgegolten werden.
- Wirkungsverbesserung der Biodiversitätsförderung: Grundsätzlich stellt die Förderung der Biodiversität ein wichtiges und richtiges Anliegen dar. Allerdings stellt sich hier die Frage, ob ein solches System mit zwei Modellen nicht einfacher zu gestalten wäre, damit die administrative Belastung der Landwirte nicht noch mehr zunimmt.
- Förderung der Tiergesundheit: Diese Massnahmen werden ohne Einschränkung unterstützt.
- Weiterführung der Produktionssystembeiträge und Integration der Ressourceneffizienzbeiträge: Diese Massnahmen werden unterstützt.
- Förderung einer standortangepassten Landwirtschaft mit regionalen landwirtschaftlichen Strategien: Diese Massnahmen werden

ausdrücklich unterstützt. Die BDP spricht sich klar dafür aus, dass Landwirtschaft in der Schweiz standortangepasst betrieben werden soll.

- Unterstützung von Kompetenz- und Innovationsnetzwerken: Diese Massnahme wird vorbehaltlos unterstützt.
- Umsetzung der Strategie Tierzucht 2030 des WBF: Diese Massnahme wird begrüsst.







